

## **Bericht**

der Landesregierung

### **Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Brandenburg gewährleisten**

(gemäß Beschluss des Landtages vom 30. April 2015 -  
Drucksache 6/1225-B)

**Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Landtages Brandenburg (DS 6/1225-B) „Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Brandenburg zu gewährleisten“ vom 30. April 2015**

**Teil I Energie**

Das Ministerium für Wirtschaft und Energie hat in Umsetzung des Landtagsbeschlusses 6/1225-B den Landtag und seinen Gremien regelmäßig über die Bemühungen in Bezug auf die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene sog. Klimaabgabe und die dann alternativ verabredete Überführung von Braunkohlekraftwerken in eine Kapazitätsreserve/Sicherheitsbereitschaft informiert. Im Einzelnen erfolgten:

- eine Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 3. Juni 2015,
- eine Information in der Landtagssitzung am 8. Juli 2015 (Mündliche Anfrage 222),
- Ausführungen im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfragen 430 und 450 (LT-Drs. 6/997 und LT-Drs. 6/1260)

Außerdem wurde bereits vor der Fassung des o.g. Landtagsbeschlusses das Thema in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 22. April 2015 erörtert. Die Landesregierung bittet den Landtag, den die sog. Klimaabgabe betreffenden Teil seines Beschlusses als erledigt zu betrachten.

**Teil II Zukunftsperspektive für die Lausitz auf der Grundlage des Beschlusses des Landtages Brandenburg (DS 5/6874-B) „Perspektive für die Lausitz“**

Die nachstehende Übersicht listet den Sachstand zu den Themenfeldern

- Wirtschaft und Infrastruktur
- Fachkräftesicherung und starke Sozialpartnerschaft
- Stärkung der Lausitz als Energieregion
- Finanzierung der Braunkohlesanierung
- Profilierung der Wissenslandschaft
- Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Sachsen mit der Republik Polen sowie der Tschechischen Republik
- Zivilgesellschaft und Kampf gegen Rechtsextremismus
- Bewahrung und Weiterentwicklung der sorbischen/wendischen Kultur und Sprache
- Gewässer- und Hochwasserschutz
- Grenzkriminalität

sowie die bereits verwirklichten Maßnahmen und die mit den Akteuren vor Ort noch geplanten Vorhaben auf, um die Entwicklung der Lausitz politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell zu unterstützen.

Über die laufenden Gespräche in der Lausitz, den Abstimmungsprozess mit dem Freistaat Sachsen sowie über die am 18. Januar 2016 gegründete „Innovationsregion Lausitz GmbH“ wird der Landtag jeweils aktuell und zeitnah durch den Minister für Wirtschaft und Energie unterrichtet. Daher sind diese Maßnahmen nicht in dem nachstehenden Bericht enthalten.

Themenfeld	Sachstand	Maßnahmen (umgesetzte/geplante)
<b>II 1. Wirtschaft und Infrastruktur</b>		
1.1 Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftsförderung; Stärkere länderübergreifende Koordinierung der Wirtschaftsfördergesellschaften der Lausitzer Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus	<p>Gemeinsame Entwicklung des Industriegebietes Schwarze Pumpe zwischen Brandenburg und Sachsen</p> <p>Im Mai 2013 haben die beiden Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder Brandenburg und Sachsen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Ziel ist die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung von Industrieunternehmen am länderübergreifenden Standort „Schwarze Pumpe“. Diese räumlich und inhaltlich auf die Ansiedlung in Schwarze Pumpe beschränkte Kooperationsvereinbarung hat aus Sicht des MWE Modellcharakter für die gesamte Region.</p>	<p>Die Revitalisierung und Ertüchtigung der Infrastruktur des Industriegebietes wurde auf Brandenburger Seite mit Mitteln zur Entwicklung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-I) seit 1990 i.H.v. 56,1 Mio. EUR gefördert.</p> <p>Der Industriepark Schwarze Pumpe wird durch die Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen durchzogen. Die Landesregierungen und Bewilligungsbehörden (ILB, Sächsische AufbauBank) stimmen sich zu den Maßnahmen und den Verfahren der Umsetzung von Förderentscheidungen ab. Die Umsetzung zusammenhängender Projekte im Bereich der Entwicklung der Infrastruktur auf dem Gelände (z. B. durchgängige Mediierschließung) erfolgt über getrennte Förderbescheide für den jeweiligen Teil der sich auf dem Landesgebiet befindlichen Investitionen.</p> <p>Brandenburg (MWE und ZAB) steht der räumlichen (Gesamtlausitz) und inhaltlichen Erweiterung (z.B. Bestandsentwicklung, Marketing, Akquisition) des Kooperationsvertrages offen gegenüber. Konkrete Verhandlungen mit dem Partner Sachsen stehen noch aus.</p>
1.2 Gemeinsame Vermarktung, Ansiedlung, Unternehmensentwicklung und Sicherung von Fachkräften für die Lausitzregion; Nutzung der Netzwerke	<p>Zum Thema Ansiedlung: siehe Anmerkungen zu 1.1.</p> <p>Bezüglich des Fachkräftemanagements wurden die</p>	<p>- Bündelung der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kompetenz</p>

<p>der Regionalbüros für Fachkräftesicherung der ZAB GmbH, der vorhandenen ESF- und EFRE-geförderten Beratungsangebote im Bereich der Existenzgründung und der Innovationsstrategie des Landes Brandenburg</p>	<p>ehemaligen Beratungsstrukturen der LASA in die ZAB integriert und – für die Lausitz – im Regionalcenter Lausitz verortet. Die Maßnahme ist seit dem 01.01.2014 abgeschlossen.</p> <p>Die Regionalbüros für Fachkräftesicherung der ZAB Brandenburg GmbH unterstützen Unternehmen umfassend bei der strategischen Personalentwicklung, insbesondere über die Kompetenzentwicklung durch Aus- und Weiterbildung, durch Wissenstransfer, betriebliche Kooperationen und durch die Beratung zu relevanten Fördermöglichkeiten. Das Projekt informiert an fünf Standorten zur demografisch bedingten Fachkräfteentwicklung im Land Brandenburg und sensibilisiert für relevante Lösungsansätze, die Regionalbüros initiieren und begleiten zahlreiche regionale und sektorale Fachkräfteinitiativen. Mit dem Fachkräfteportal Brandenburg wird zudem ein Webportal mit gebündelten Informationen für Rückkehrer/innen und Zuwander/innen angeboten.</p> <p>Das Projekt „Weiterbildung Brandenburg“ der ZAB Arbeit bietet Unternehmen, Beschäftigten und Arbeitsuchenden einen umfassenden Überblick über die Bildungsangebote und Bildungsanbieter im Land. Mit dem WDB Suchportal wird eine gemeinsame Berlin-Brandenburgische Weiterbildungsdatenbank regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt.</p> <p>Im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie des MASGF wird zur Umsetzung des Brandenburger Servicepakets für Ansiedlung, Erweiterung und Umstrukturierung die Teilnahme von Beschäftigten</p>	<p>zur Verbesserung der landesseitigen Serviceleistungen für die Lausitz.</p> <p>- Regelmäßige Abstimmungen der Landeswirtschaftsfördergesellschaften hinsichtlich ihrer Aktivitäten.</p> <p>In Südbrandenburg arbeiten seit 2006 mehrere Partner in thematischen oder regionalen Netzwerken in den Bereichen Fachkräfte bilden-halten-gewinnen aktiv auf kurzem Weg zusammen. Die Aktivierung, fachliche Beratung und Bündelung von Partnern der vorhandenen Arbeitskreise erfolgt dabei durch das Regionalbüro für Fachkräftesicherung Süd-Brandenburg der ZAB.</p> <p>Besonders zu benennen sind dabei folgende Partner:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Netzwerk Zukunft, Arbeitskreis Schule-Wirtschaft-Lausitz</li> <li>- Stadt Cottbus (sehr enge Zusammenarbeit im Rahmen des GRW Regionalbudgets zur Umsetzung aktueller Maßnahmen zur Fachkräftesicherung).</li> <li>- EGC</li> <li>- Energieregion Lausitz</li> <li>- IHK Cottbus</li> <li>- HWK Cottbus</li> <li>- BTU Cottbus-Senftenberg</li> <li>- Branchenvertreter wie Gerontopsychiatrisch-Geriatriischer Verbund OSL (GPGV), Gerontopsychiatrischer Verbund Cottbus (GPV), Kunststoffverbund Brandenburg-Berlin</li> </ul> <p>Aktive Arbeitskreise</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitskreis Schule-Wirtschaft-Lausitz des Netzwerks Zukunft</li> <li>- Arbeitskreis Fachkräftesicherung des RWK Cottbus (auch mit Einbindung von Spremberg)</li> <li>- Arbeitsreffen der Energieregion</li> <li>- Zusammenarbeit mit der BTU Cottbus - Senftenberg</li> <li>- Unterstützung von Unternehmerstammtischen</li> </ul> <p>Kontakt und Beratungszahlen des Regionalbüros von Südbrandenburg:</p>
--	---	--

	<p>an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen unterstützt. Die Förderung erfolgt unter Berücksichtigung eines erheblichen oder besonders erheblichen Landesinteresses.</p> <hr/> <p>In der EU-Förderperiode 2014-2020 wurde die bewährte, flächendeckende landesweite Förderung von Beratungs-, Coaching- und Qualifizierungsangeboten für Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit den regionalen Lotsendiensten, den Gründungswerkstätten für junge Leute und den Gründungsservices an den staatlichen Brandenburgischen Hochschulen im Rahmen der gemeinsamen Existenzgründungsrichtlinie des MASGF und des MWE weiterentwickelt und fortgesetzt. Hierfür sind insgesamt 36 Mio. Euro aus ESF- und Landesmitteln eingeplant. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt legt die Landesregierung auf die Förderung innovativer sowie wissensbasierter und technologieorientierter Gründungen und den Wissens- und Technologietransfer aus den Hochschulen einschließlich Gründungen von EU- und Nicht-EU-Ausländerinnen und Ausländern in Brandenburg. Neben den Gründungsservices an den Hochschulen werden diese Gründerinnen und Gründer insbesondere durch das ZAB- Projekt „Innovationen brauchen Mut (IbM)“ unterstützt, für das rd. 4 Mio. Euro ESF- und Landesmittel zur Verfügung stehen sowie das Programm „Gründung innovativ“ mit einem einmaligen Zuschuss von bis zu 100.000 Euro u.a. für Investitionen sowie Entwicklungs- und Personalkosten. Für das Programm stehen 7 Mio. Euro EFRE-Mittel zur Verfügung.</p>	<p>Im Jahr 2015 gab es 652 Unternehmenskontakte, davon wurden 341 Unternehmen intensiver beraten/informiert.</p> <hr/> <p>Seit dem Start der Existenzgründungsrichtlinie im Jahr 2001 wurden durch die flächendeckenden, landesweiten Beratungsangebote rund 21.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger qualifiziert, beraten und auf eine Existenzgründung vorbereitet sowie ca. 15.000 Existenzgründungen begleitet. Evaluationen haben gezeigt, dass Existenzgründungen, die von den Lotsendiensten, Gründungswerkstätten und Gründungsservices sowie IbM unterstützt und begleitet wurden, nachhaltiger sind und bessere ‚Überlebenschancen‘ am Markt haben, als Gründungen, die die Unterstützung nicht in Anspruch genommen haben. Die Gewinnerin im bundesweiten Wettbewerb der KfW „GründerChampion 2015“, Christina Grätz (Fa. Nagola Re aus Jänschwalde) wurde im Gründungsprozess vom IbM-Team der ZAB begleitet und unterstützt.</p> <p>Die Förderung der Lotsendienste, Gründungswerkstätten und Gründungsservices wurde mit der gemeinsamen Existenzgründungsrichtlinie des MASGF und MWE vom 15. September 2014 zum 1. Januar 2015 fortgesetzt. Die Richtlinie „Gründung innovativ“ trat im März 2015 in Kraft und die Förderung des Projekts „Innovationen brauchen Mut“ wird seit April 2015 fortgesetzt. Alle Projekte haben zunächst eine Laufzeit bis Ende 2017.</p> <p>Regionale Lotsendienste gibt es in den Landkreisen Elbe-Elster, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz sowie in der kreisfreien Stadt Cottbus. Darüber hinaus gibt es in Cottbus eine Gründungswerkstatt, die junge Existenzgründerinnen- und Gründer bis 30 Jahre unterstützt, sowie den Gründungsservice an der BTU Cottbus-Senftenberg. Landesweit aktiv ist der Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten mit Sitz in Potsdam und regelmäßigen Beratungsangeboten u.a. in der</p>
--	--	--

		Stadt Cottbus.
1.3 Erarbeitung eines zukunftsfähigen länder- und kreisübergreifenden gemeinsamen Mobilitätsplans für Bahn und Straße	Brandenburg erarbeitet z.Zt. eine Mobilitätsstrategie 2030, die den Rahmen für die langfristige Ausrichtung der Verkehrs- und Mobilitätspolitik bildet. Auf der Fachebene werden ab 2016 der Landesnahverkehrsplan für den SPNV und der Landesstraßenbedarfsplan fortgeschrieben. Beide Fachplanungen werden mit den Nachbarländern abgestimmt.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eckpunkte Mobilitätsstrategie verabschiedet</li> <li>- 1. Entwurf 1. Quartal 2016</li> <li>- Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren II. Quartal 2016</li> <li>- Kabinettsbeschluss IV. Quartal 2016</li> </ul>
1.4 Entwicklung und gemeinsame Vermarktung des Lausitzer Seenlandes	Das Lausitzer Seenland wird länderübergreifend durch die Zweckverbände weiter entwickelt. Zur touristischen Vermarktung bedient sich das Lausitzer Seenland eines länderübergreifend agierenden Tourismusverbandes. Die Landesregierung begleitet die Zweckverbände in einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe (LAGE) unter Führung der Landräte.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung der touristischen Infrastruktur, insbesondere der Häfen Senftenberg und Großräschen sowie der Radwegeinfrastruktur.</li> <li>- Förderung von gewerblichen Maßnahmen der Tourismuswirtschaft.</li> </ul> <p>Der Hinweis, Mittel für eine intensivere Vermarktung des Lausitzer Seenlandes über INTERREG zu generieren, wurde bisher von der Region nicht aufgegriffen.</p>
<b>II 2. Fachkräftesicherung und starke Sozialpartnerschaft</b>		
2.1 Gute Löhne - die Lausitz kein Niedriglohnstandort	<p>Brandenburg setzt sich seit vielen Jahren im Land selbst aber auch auf Bundesebene für gerechte und auskömmliche Löhne sowie Gute Arbeit ein; so insbesondere bei der öffentlichen Auftragsvergabe im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz des Landes, aber auch für die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns.</p> <p>Fortführung der „Brandenburger Sozialpartnerrichtlinie“ (ESF) ab Ende 2016</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung eines sog. vergabespezifischen Mindestlohns für öffentliche Aufträge ab dem 1.1.2012 durch das Brandenburgische Vergabegesetz (Novellierung in Arbeit)</li> <li>- Bundesweiter einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn seit 1.1.2015 (Mindestlohngesetz)</li> </ul> <p>Zur Untersetzung des fortgesetzten Brandenburger Sozialpartnerdialogs: Beratung von Unternehmen in Brandenburg zur Modernisierung ihrer Arbeitsorganisation und Sensibilisierung für Sozialpartnerschaft und Tarifbindung unter Einbindung der Sozialpartner</p>

<p>2.2 Nutzung der vorhandenen Potenziale bei der Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Region (länderübergreifend) z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich und entstehende Fachkräfteinitiativen</p>	<p>In der Lausitz befinden sich 7 der insgesamt 33 Standorte von staatlich anerkannten Schulen im Gesundheitswesen (AltPfl, GKRPfl, GKIKrPfl, PT, PTA, H/E, MTL, PTA und KPH) mit einer Ausbildungskapazität von rund 1700 Plätzen (32% der Gesamtkapazität).</p> <p><u>Fördermaßnahmen</u></p> <p>Seit 2011 über Landesmittel finanziert (vorher (ESF))</p> <hr/> <p>Beginn Herbst 2015</p> <hr/> <p>Die Weiterbildungsrichtlinie zielt auf die Ausnutzung aller vorhandenen Potenziale bei der Weiterbildung im Land ab. Es soll mit der Förderung das Ziel verfolgt werden, die Beschäftigungsfähigkeit sowie die Stabilisierung und den perspektivischen Aufbau von Arbeitsplätzen in den Brandenburger Betrieben zu verbessern.</p> <p>Eine Förderung beantragen können:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschäftigte (Bildungsscheck)</li> <li>- Unternehmen, Solo-Selbständige und Freiberufler/Innen sowie im Unternehmen mitarbeitende Betriebsinhabende</li> <li>- eingetragene Vereine sowie</li> <li>- öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe</li> </ul> <p>Der Zuschuss für den Bildungsscheck beträgt 70 % für die anderen Antragstellenden betragen die Zuschüsse je nach Größe des Unternehmens von 50 bis 90 %.</p>	<p>Förderung der Ausbildung in der PTA an der Schule für Gesundheits- und Pflegeberufe in Eisenhüttenstadt</p> <hr/> <p>Maßnahmen der Fachkräftesicherung durch Pflegeinitiative Brandenburg (Berufsorientierung, kompetenzorientierter Personaleinsatz)</p> <hr/> <p>Die Förderung zur beruflichen Weiterbildung kann in allen Landkreisen in Anspruch genommen werden. Die Richtlinie ist seit Juni 2015 in Kraft. Inwieweit aus der Region Lausitz bereits Anträge gestellt wurden ist noch nicht zu beziffern.</p>
--	---	--

	<p>Gefördert werden können auch Kooperationen zur Entwicklung modellhafter Weiterbildungsmaßnahmen in spezifischen Themenbereichen.</p> <p><u>Fortlaufend</u></p> <p>Die IHK Cottbus ist ab Oktober 2015 Pilot für die Umsetzung von Erfahrungsaustauschen für betriebliches Ausbildungspersonal und für Auszubildende.</p> <hr/> <p>Brandenburgischer Ausbildungspreis: in den letzten zwei Jahren überrepräsentativ viele Preise an Betriebe und Einrichtungen aus der Lausitz</p> <hr/> <p>Ausbildungspreis der Sparkassenstiftung „Zukunft Elbe-Elster-Land“ in Kooperation mit der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft Finsterwalde und der IHK Cottbus</p> <hr/> <p>Beteiligung an der bundesweiten Aktionswoche für Menschen mit Behinderung 2014 in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Landesamt für Versorgung und Soziales Cottbus (Landesprogramm „Inklusive Ausbildung und Arbeit“) und der Regionalen Wirtschaftsförderungsgesell-</p>	<p>Inanspruchnahme ESF-„Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ (PAV): Allgemeine Verbundausbildung, Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk, Gutes Lernen im Betrieb</p> <hr/> <p><u>Preisträger 2014 Elbe-Elster:</u> Sparkasse Elbe-Elster, Wärme + Wasser GmbH Schlieben sowie zwei Sonderpreise der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung an den Landkreis Elbe-Elster und an die Schlieper für Landmaschinen GmbH</p> <p><u>Preisträger 2015 Oberspreewald-Lausitz:</u> Wasserverband Lausitz Betriebsführungs GmbH aus Senftenberg und EMIS Electrics GmbH aus Lübbenau/ Spreewald</p> <hr/> <p>2015 wurden unter der Schirmherrschaft von Arbeitsministerin Golze Auszubildende aus folgenden Betrieben ausgezeichnet: Vestas Blades GmbH (Lauchhammer), bildungszentrum energie GmbH (Falkenberg), Bäckerei Bubner (Finsterwalde), Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (Doberlug-Kirchhain), Tischlerei &amp; Drechserei Richter (Finsterwalde)</p> <hr/> <p>2014 Veranstaltung „Erfolgsfaktor Mitarbeiter“: beteiligte Ausbildungsbetriebe: Schlieper für Landmaschinen GmbH, Reha Vita GmbH Cottbus</p>
--	---	--



	<p>schaft</p> <p>Beteiligung an der Brandenburgische Ausbildungs-offensive „Brandenburg will Dich! Hier hat Ausbildung Zukunft.“</p>	<p>6.10.2015: presseöffentliche Gesprächsrunde zum Thema „Ausbildung in Brandenburg - Chancen für alle“: Arbeitsministerin Golze im Gespräch u.a. mit Auszubildendem aus Bauunternehmen Frank Eichstädt GmbH, Doberlug-Kirchhain</p>
2.3 Chancen für Langzeitarbeitslose auch im Rahmen der Fachkräftesicherung	<p>Programm „Perspektive Arbeit – Regionale Projekte für Arbeitslose“</p> <p>Programm „Einstiegszeit“</p> <p>Programm „Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen“</p> <p>„Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften in Brandenburg“</p>	<p>Das Programm beinhaltet die landesweite Förderung zur Integration von besonders benachteiligten Arbeitslosen (ohne Berufsabschluss im Alter bis 35 Jahren, arbeitslose Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose) in das Erwerbsleben. Förderzeitraum: 01.03.2014-31.03.2015</p> <p>Das Programm ist ein Angebot für (langzeit)arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte junge brandenburgische Erwachsene bis 30 Jahre mit abgeschlossener Berufsausbildung beim Einstieg in den Beruf sowie für Unternehmen in der Region. Das Programm umfasst eine intensive Beratung der jungen Arbeitssuchenden und fördert ihre Arbeitsaufnahme durch passgenaue Qualifizierungen. Berufswege junger Frauen werden durch eine systematische, mit den Unternehmen abgestimmte Karriereplanung gefördert. Förderzeitraum: seit 2002 aktuelle Förderung: 01.04.2015-31.03.2018</p> <p>Mit dem Programm wurden landesweit Langzeitarbeitslose durch zielgerichtete individuelle Unterstützung und Begleitung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert. Durch Nachbetreuungsangebote wurde zur Nachhaltigkeit der Arbeitsverhältnisse beigetragen. Förderzeitraum: 01.03.2013-31.03.2015</p> <p>Mit der Förderung werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg Projekte mit dem Ziel gefördert, die Projektteilnehmenden schrittweise an Arbeit heranzuführen und in Erwerbstätigkeit oder Bildung zu integrieren sowie die soziale Teilhabe und das Zusammenleben in den teilnehmenden Familien zu</p>

	Förderprogramm für Sozialbetriebe	<p>stärken. Hierzu wird die Kombination einer intensiven Einzelberatung durch Integrationsbegleiter/innen (sozialpädagogische Begleitung) mit bedarfsorientierten Unterstützungsmodulen gefördert – landesweit 36 Projekte. Förderzeitraum: 01.08.2015-31.03.2020</p> <p>sv.-pflichtige Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Beschäftigungsförderung am Arbeitsplatz Geplant: II/2016</p>
2.4 Stärkung der guten Beispiele der Lausitzer Unternehmen und Schulen hinsichtlich der Berufs- und Studienorientierung sowie länderübergreifender Ausbau.	<p>RWK-Ausbildungsmesse „Bleib Lausitzer“ mit großer Resonanz in der Region</p> <hr/> <p>Beteiligung an „ZukunftsTour Jugend – Nachwuchs gesucht“ des MP: Besuch von Betrieben und Schulen, die sich im Bereich Berufsorientierung engagieren</p> <hr/> <p><b>Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg e.V.</b></p> <p>Schulen, Hochschulen, Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Partner sollen noch besser und enger miteinander kooperieren und sich vernetzen, um die Ausbildungsfähigkeit und damit die Zukunftschancen brandenburgischer Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Gleichzeitig wird die Fachkräftesicherung in den Regionen des Landes Brandenburg angestrebt. 2006 wurde der Verein gegründet, Gründungsmitglieder sind die Kammern, der UVB und das Land Brandenburg vertreten durch das Brandenburgische Bildungsministerium.</p>	<p>jährlich</p> <hr/> <p>13.05.2015: Uebigauer Elektro- und Schaltanlagenbau uesa GmbH in Uebigau-Wahrenbrück (LK EE) (Preisträger Brandenburgischer Ausbildungspreis 2013) 07.10.2015: Autohaus GmbH Cottbus (Preisträger Brandenburgischer Ausbildungspreis 2013)</p> <hr/> <p>Die benannten Aktivitäten werden gemeinsam und kontinuierlich gestaltet.</p>

	<p>Als Kooperationspartner konnten bereits zahlreiche Schulen und Hochschulen, Verbände und Vereine sowie Unternehmen gewonnen werden, die in regionalen Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft die Ziele des Vereins umsetzen. Dazu zählen u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Berufs- und Studienorientierungstourneen <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Ziel dieser Maßnahme ist u. a., dass die Teilnehmer einen Einblick in die berufliche Praxis sowie in korrespondierende Ausbildungs- und Studienangebote in der Region erhalten</li> <li>○ Bsp. Fortbildungsreihe für LK, Berufsberater und Multiplikatoren im SJ 2015/2016 zum Thema Energiewirtschaft - unterstützt durch den Arbeitskreis Schule und Wirtschaft Lausitz</li> </ul> </li> <li>• Schüler-Ingenieur-Akademien (SIA) <ul style="list-style-type: none"> <li>○ seit dem Schuljahr 2009/2010 organisiert die Außenstelle Cottbus die SIA Elbe Elster mit dem Schwerpunkt Energie</li> </ul> </li> <li>• Einsatz Berufswahlpass</li> </ul> <p>Auszeichnung von Schulen als Schulen mit hervorragender Berufs- und Studienorientierung</p> <hr/> <p><b>Landesstrategie zur Berufs- und Studienorientierung</b></p> <p>Übergang von der Schule in den Beruf ist eine zentrale Entwicklungsaufgabe im Jugendalter, die von der Schule durch gezielte pädagogische Angebote zur beruflichen Orientierung zu unterstützen ist.</p> <p>Grundzüge der Landesstrategie sind u. a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Berufs- und Studienorientierung ist ein indivi-</li> </ul>	<hr/> <p>Die Landesstrategie soll schrittweise bereits im Laufe des Schuljahres 2015/2016 eingeführt und umgesetzt werden. Um die Implementierung der Berufs- und Studienorientierung mit Landesstrategie als auch mit Bezug zum neuen Rahmenlehrplan in die unterrichtliche Praxis zu begleiten und zu unterstützen, erarbeitet das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) derzeit für Lehrkräfte eine Handreichung Berufs- und Studienorientierung. Die Handreichung baut</p>
--	--	---

	<p>dueller und lebenslanger Prozess. Dieser zielt auf die Entwicklung persönlicher Berufswahlkompetenz. Berufswahlkompetenz wird als persönliche Fähigkeit zum gelingenden Umgang mit den wiederkehrenden Übergangssituationen in der eigenen Berufsbiografie verstanden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Berufs- und Studienorientierung wird als schulische Aufgabe verstanden und - mit Anknüpfungen an das "Ankerfach W-A-T" - kompetenzorientiert bearbeitet. Sie fügt sich damit ein in einen modernen, kompetenzorientierten Ansatz für schulische Unterrichtskonzepte.</li> <li>• Enge Kooperation mit zahlreichen Partnern als Bedingung für Erfolg der Berufs- und Studienorientierung.</li> </ul>	<p>auf den Setzungen der Landesstrategie auf und soll zum Schuljahresbeginn 2016/2017 fertiggestellt sein. Konkret wird die Handreichung unter anderem eine Einordnung des Berufswahlprozesses von jungen Menschen aus pädagogischer Sicht vornehmen, Beispielaufgaben für den Unterricht in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 geben sowie Grundlagen für die Erarbeitung eines schuleigenen Konzepts zur Berufs- und Studienorientierung aufzeigen und die wichtigsten Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung kurz inhaltlich erläutern.</p>
<p>2.5 Frühzeitige Einbindung von Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz durch geeignete Netzwerke in die Unternehmen (Praktika, Semester- und Masterarbeiten) und Haltung in der Region</p>	<p>Richtlinie „Brandenburger Innovationsfachkräfte (BIF)“, Förderzeitraum vom 19. November 2014 bis 31. Dezember 2020 kann von KMU genutzt werden:</p> <p>Die Richtlinie enthält drei Förderelemente</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Brandenburg-Stipendium“,</li> <li>- „Werkstudierende“ und</li> <li>- „Innovationsassistent/in“</li> </ul> <p>mit denen Unternehmen dabei unterstützt werden, mit Studierenden bzw. Hochschulabsolventinnen und Absolventen oder Absolventinnen und Absolventen einer Aufstiegsfortbildung, z.B. Meisterinnen und Meistern, betriebliche Innovationen umzusetzen und so gleichzeitig hoch qualifizierten Fachkräftenachwuchs zu binden.</p>	<p>In den Landkreisen/der kreisfreien Stadt Cb, OSL, EE, SPN, LOS und LDS (Zuständigkeitsbereich des Regionalbüros für Fachkräftesicherung Süd-Brandenburg) wurden über die Richtlinie Brandenburger Innovationsfachkräfte in 2015 85 Anträge bewilligt.</p>
<b>II 3. Die Lausitz als Energieregion stärken</b>		
<p>3.1 Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Energiewende</p>	<p>- Grundlage für die Zusammenarbeit sind die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg</p>	<p>- Die ES 2030 soll im Jahr 2016 evaluiert und ggf. weiterentwickelt werden. Daraus werden sich auch Impulse für eine noch bessere</p>

	<p>vom Februar 2012 (ES 2030).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das darin enthaltene Handlungskonzept und die strategischen Maßnahmenbereiche wurden unter Einbeziehung der Akteure im Land entwickelt. Die Umsetzung wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe gesteuert.</li> <li>- Der Umsetzungsstand des Maßnahmenkatalogs wird in einem regelmäßigen Monitoring-Bericht festgehalten (5. Monitoring-Bericht vom September 2015).</li> <li>- Wesentliche Akteure und Netzwerke bei der gemeinsamen Umsetzung der ES 2030 sind die ZAB-Energie, die Energieallianz Brandenburg und die Regionalen Planungsgemeinschaften mit den jeweiligen regionalen Energiekonzepten.</li> <li>- Die wichtigste Grundlage für die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene sind die auf der ES 2030 aufbauenden regionalen Energiekonzepte für die fünf Planungsregionen des Landes Brandenburg, für die Lausitz ist dies die Planungsregion Lausitz-Spreewald.</li> <li>- Zwischen Landesregierung und Vattenfall wurde im September 2013 eine Vereinbarung zur Umsetzung der ES 2030 geschlossen.</li> </ul>	<p>Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Akteuren bei der Gestaltung der Energiewende ergeben.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Für das Land bedeutende Einzelmaßnahmen in der nahen Zukunft sind u. a.: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ die Begleitung des Verkaufsprozesses der Lausitzer Braunkohlesparte und Einflussnahme auf das Konzept eines neuen Eigentümers zur sozialverträglichen und umweltgerechten Fortsetzung der Braunkohleverstromung unter den neuen Rahmenbedingungen der Energiewende (insbes. Sicherheitsbereitschaft)</li> <li>▪ das neue RENplus-Programm als wichtigstes Finanzinstrument zur Umsetzung der ES 2030.</li> </ul> </li> </ul>
3.2 Initiativen wie die Energieregion Lausitz-Spreewald sollen eine aktivere Rolle spielen und sich in der Gesamtregion profilieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Initiative Energieregion Lausitz wurde im Jahr 2009 gegründet. Sie ist ein aus der Region heraus geschaffenes Netzwerk, das zur Wirtschaftsentwicklung der Region, insbesondere durch koordinierte, gemeinsame Maßnahmen, Fachforen u. dgl., beitragen soll.</li> <li>- Gesellschafter sind die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und Dahme-Spreewald sowie die Stadt Cottbus. Aktiv unterstützt wird das Netzwerk von den größten Unternehmen der Region BASF und Vattenfall.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Rahmen der Entwicklung eines gemeinsamen Prozesses zur Strukturentwicklung der Lausitz sind die Rolle und die Schwerpunkte der bestehenden Initiativen und Netzwerke herauszuarbeiten und deren Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.</li> <li>- Energieregion prüft derzeit die stärkere Zusammenarbeit mit der sächsischen Marketinggesellschaft Oberlausitz (MGO).</li> <li>- Energieregion unterstützt als Mitglied der Gesellschafterversammlung die „Innovationsregion Lausitz GmbH“.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Thematische Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit sind Ländliche Entwicklung/Neue Landschaften/ Klimaschutz, Infrastruktur, Wirtschaft/Wissenschaft/ Forschung/ Entwicklung/Bildung.</li> </ul>	
3.3 Weiterführung des Dialogs mit den von Tagebauen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern	<p>Der Dialog mit den von Tagebauen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern wird i. W. durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) und MIL (GL) geführt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Dies erfolgt z. B. durch Mitarbeit in den Arbeitskreisen des Braunkohlenausschusses zu den einzelnen Tagebauen, in denen über die bergbaulichen Vorhaben und deren Auswirkungen informiert wird und Fragen beantwortet werden.</li> <li>- Darüber hinaus arbeitet das LBGR in der Arbeitsgruppe Lärm der Stadt Welzow mit und hat in der Arbeitsgruppe Kohle der Stadt Welzow im Frühjahr 2015 über die Situation im Lausitzer Revier und insbesondere zum Tagebau Welzow-Süd und dessen weiterer Entwicklung informiert.</li> <li>- Das LBGR tritt außerdem auf Bürgerversammlungen auf und steht im Kontakt mit Bürgerinitiativen. Fragen oder Beschwerden, mit denen sich betroffene Bürgerinnen und Bürgern an das LBGR wenden, werden beantwortet und bei Erfordernis Maßnahmen eingeleitet.</li> <li>- Sowohl durch MIL (GL) als auch durch das LBGR wurde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durch das Bergbauunternehmen hingewirkt (Cottbuser Ostsee, Tagebauvorhaben Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord). Damit wird sichergestellt, dass sich die betroffenen Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger so früh wie möglich über die Vorhaben informieren und in die</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fortführung des Dialogs mit den von Tagebauen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.</li> <li>- Der von Vattenfall geplante Verkauf der Braunkohlesparte und die Verhandlungen auf Bundesebene über einen zusätzlichen Klimabeitrag der Braunkohlekraftwerke haben zur Unterbrechung der Verhandlungen zu einem Umsiedlungsvertrag i. R. des Tagebauvorhabens Welzow-Süd TA II geführt. Die Gespräche mit den von einer möglichen Umsiedlung Betroffenen und die regelmäßige Information der Kommunalvertreter werden im Sinne der Vorbereitung einer sozialverträglichen Umsiedlung weitergeführt.</li> </ul>

	<p>Verfahren einbringen können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Obwohl hierzu keine formale Verpflichtung bestand, konnten sich Betroffene nach dem öffentlichen Beteiligungsverfahren zum Braunkohleverfahren Tagebau Welzow-Süd TA II an zwei mehrtägigen Erörterungsterminen beteiligen.</li> <li>- Als Träger der Braunkohlenplanung hat MIL (GL) regelmäßig in Bürgerversammlungen zum Verfahrensstand und Schwerpunktthemen informiert.</li> </ul>	
3.4 Koordinierung der Forschung, Entwicklung und Nutzung von Energietechnologien in der Region	<ul style="list-style-type: none"> <li>- MWE fördert den Cluster Energietechnik, der die Kompetenzen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und öffentlicher Hand bündelt und Brandenburg und Berlin vernetzt (Regionalcenter der ZAB in Cottbus).</li> <li>- MWE fördert die Energie Technologie Initiative (ETI), welche u.a. den jährlichen Energietag (das Branchentreffen der Energiewirtschaft im Land BB) in Cottbus ausrichtet.</li> <li>- MWE und MWFK begleiten seit vielen Jahren das Centrum für Energietechnologie Brandenburg e.V. (CEBra) mit Sitz in Cottbus, das insbesondere den Technologietransfer aus der BTU-CS als Hauptaufgabe wahrnimmt.</li> <li>- Zudem wurden viele Projekte seitens des Landes unterstützt, z.B. Netzstudien, eSolCar, Oxyfuel-Pilotanlage Schwarze Pumpe (in Verbindung mit CO<sub>2</sub>-Pilotspeicher in Ketzin).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fortführung der Unterstützung des Clusters Energietechnik</li> <li>- Evaluation und Neuausrichtung des Brandenburger Energietages ist in Vorbereitung</li> <li>- Evaluation und Anpassung der Energiestrategie 2030 im Jahr 2016 wird auch den FuE-Bereich umfassen (Einbindung der Akteure über die Energieallianz Brandenburg)</li> <li>- Grid Lab (An-Institut der BTU-CS) ist eines der modernsten Netzsimulations- und -trainingszentren Europas und leistet im Rahmen der Energiewende fundamentale Beiträge für den Bereich Netze/Netzmanagement</li> <li>- BTU-CS weiterhin wichtiger wissenschaftlicher Partner → Nutzung der Kompetenzen, Unterstützung von FuE-Projekten</li> </ul>
<b>II 4. Finanzierung der Braunkohlesanierung</b>		
4.1 Stärkere Berücksichtigung von Problemen in der Region wie der Grundwasseranstieg und eine erhöhte Zahl von Grundbrüchen	<p>Die Themen „Grundwasserwiederanstieg“ und „Grundbrüche“ stehen bereits im Focus der LMBV und der beteiligten Fachbehörden des Landes Brandenburg.</p>	<p>Die Abwehr von Gefahren aus dem Grundwasserwiederanstieg betreffen vorrangig die Bereiche Lauchhammer, Senftenberg, Altdöbern und Schwarzheide. Für alle genannten Bereiche sind konkrete Maßnahmen geplant und befinden sich in der Umsetzung. Im Zentrum stehen dabei sog. Komplexmaßnahmen, wie Horizontalfilterbrunnen, Ableiter, Drainagen und Pumpsysteme. Die Grubenteich-</p>

		siedlung in Lauchhammer muss kurzfristig freigezogen werden. Im Übrigen werden die geotechnischen Problembereiche nach und nach durch die LMBV saniert.
4.2 Fortführung des Verwaltungsabkommens zur Braunkohlesanierung	Zurzeit läuft das VA V (2013 – 2017). Die Verhandlungen für ein Folgeabkommen ab 2018 zwischen dem Bund und den vier Braunkohlesanierungsländern sind im Januar 2016 aufgenommen worden.	Das MIL – GL leitet federführend für das Land Brandenburg die Verhandlungen mit dem Bund zur Sicherung der Finanzierung der Braunkohlesanierung ab 2018. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Verhandlungen aufgrund der grundsätzlich unterschiedlichen Positionen sehr schwierig sind.
4.3 Prüfauftrag, inwieweit LMBV verstärkt für die Finanzierung der FuE-Forschung bzgl. der Braunkohlesanierung in Verantwortung genommen werden kann	Die LMBV betreibt im wasserwirtschaftlichen- und geotechnischen Bereich grundsätzlich keine Grundlagenforschung. Im Rahmen ihrer bergrechtlichen Sanierungsverpflichtung führt sie jedoch regelmäßig wissenschaftlich- technische Untersuchungen durch.	Hierzu gehören umfangreiche wissenschaftlich- technische Projekte zur Wasserwirtschaft, z.B. zur Verbesserung der Wasserqualität von Bergbaufolgeseen. Die LMBV bedient sich hierbei eines wissenschaftlich- technischen Beirates, der aus unabhängigen Fachexperten zusammengesetzt ist. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt sind wissenschaftlich- technische Untersuchungen auf dem Gebiet der Geotechnik/Bodenmechanik zur Sicherung von Bergbaukippenflächen. Hierzu gehören umfangreiche Projekte zur Erforschung der Ursachen von Setzungsfließen, der Aufbau eines Integrierten Kippensicherheits- und Bewertungssystems (IKSB) und ergänzenden Untersuchungen zur Verflüssigungsproblematik Lausitzer Innenkippen.
<b>II 5. Profilierung der Wissenschaftslandschaft</b>		
5.1 Stärkung der Lausitzer Hochschulen, länderübergreifend mit regionalen und internationalen Unternehmen zu kooperieren sowie die Attraktivität für Studierende/Studieninteressierte aus dem In- und Ausland zu erhöhen	s. 5.2 und 5.3	s. 5.2 und 5.3
5.2 Profilierung der wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region	s. Spalte rechts sowie 5.3	Im Juli 2013 wurde die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU CS) gegründet. Dabei wurden die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule Lausitz zusammengeführt. Am 5. Oktober 2015 wurde der neue Hochschulentwicklungsplan (HEP) der BTU CS vorgestellt. Die Lausitzer Hochschule hat sich mit ihrem HEP ein dezidiertes Profil gegeben, das die Arbeit der nächsten Jahre, die Operationalisierung





	<p>Der Standort Senftenberg wird zu einem Zentrum für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen entwickelt. Hierfür wurden sieben zusätzliche Professuren geschaffen und 3,2 Mio. € pro Jahr im Landeshaushalt bereitgestellt. Die neuen Studiengänge leisten einerseits einen Beitrag zur notwendigen Akademisierung in den Gesundheitsberufen und bilden andererseits zur Fachkräftesicherung dringend benötigte Lehrer für die Fachschulen des Gesundheitswesens aus.</p> <p>Die neuen Studiengänge sind in doppelter Hinsicht innovativ: Zum einen bieten sie ein duales Studium, mit dem die Absolventinnen und Absolventen einen beruflichen und zeitgleich einen akademischen Abschluss erwerben. Zum anderen bilden der Bachelor- und der Master-Studiengang eine konsekutive Ausbildung zur Lehrerin/zum Lehrer an Fachschulen des Gesundheitswesens, die es in dieser Qualität in Deutschland bislang nicht gibt.</p>	<p>Einrichtung zweier neuer dualer Bachelor-Studiengänge „Pflegerwissenschaften“ und „Therapiewissenschaften“ am Standort Senftenberg</p> <p>=&gt; Umsetzung erfolgte zum Wintersemester 2013/14</p> <p>Einrichtung eines neuen Master-Studienganges „Berufspädagogik für Gesundheitsberufe“</p> <p>=&gt; Umsetzung erfolgte zum Wintersemester 15/16</p> <p>Umbaumaßnahmen am Campus, um die benötigten Skills-Labs einzurichten</p> <p>=&gt; laufend</p>
5.5 Abstimmung von Verwaltungsfragen zum länderübergreifenden Besuch von Kindertagesstätten und Schulen	<p>Es sind keine Probleme hinsichtlich eines länderübergreifenden Besuchs von Kindertagesstätten und Schulen in und aus Richtung Sachsen bekannt, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Abstimmung von Verwaltungsfragen nicht erforderlich ist. Mit Genehmigung des der staatlichen Schulämter können Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich eine andere als die örtlich zuständige Grundschule besuchen, wenn sich diese im Land Sachsen befindet (vgl. § 38 Absatz 1 BbgSchulG). Im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen besteht die Möglichkeit, ohne weitere Genehmigungen eine Schule in Sachsen zu wählen. Evtl. Fragen der Erstattung von Schulkostenbeiträgen sind zwischen den be-</p>	Keine

	troffenen Gemeinden bzw. Landkreisen bilateral zu klären.	
<b>II 6. Zusammenarbeit der beiden Bundesländer mit der Republik Polen sowie der Tschechischen Republik</b>		
6.1 Zusammenarbeit der beiden Länder mit der Republik Polen und Tschechischen Republik insbes. zu den Themen Hochwasser-, Brand- und Katastrophenschutz	<p>Das MLUL hat ein aktuelles Arbeitsprogramm (AP) mit den polnischen Wojewodschaften Westpommern, Lebusen Land und Großpolen, das die Schwerpunkte der Kooperationen bis zum Jahr 2019 regelt. Unter setzt wird dieses AP durch ein bis zweijährige Maßnahmepläne mit aktuellen Kooperationsmaßnahmen.</p> <p>Auf internationaler Ebene findet eine intensive Zusammenarbeit zu strategisch bedeutsamen Fragen der Gewässerbewirtschaftung und des Hochwasserschutzes in der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (IKSO) und der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) statt. Darüber hinaus werden wasserwirtschaftliche Vorhaben an der Oder und Lausitzer Neiße in der deutsch-polnischen Grenzgewässerkommission abgestimmt.</p> <p>Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophenschutz zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Polen ist die „Vereinbarung zwischen dem Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung der Republik Polen und dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen“ vom 18.7.2002. Daneben gibt es eine Vielzahl von Vereinbarungen und Partnerschaftserklärungen, die seit den 90-er Jahren durch die Verwaltungen und Aufgabenträger für</p>	<p>Informationen zu aktuelle Maßnahmen unter:  <a href="http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.312253.de">http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.312253.de</a></p> <p>Informationen zur IKSO unter:  <a href="http://www.mkoo.pl/index.php?lang=DE">http://www.mkoo.pl/index.php?lang=DE</a></p> <p>Vor dem Hintergrund vieler möglicher Anknüpfungspunkte wurden in der letzten Zeit – gemeinsam mit dem polnischen Partner – diverse Themenfelder identifiziert, die im gegenseitigen Interesse anhand von Projekten umgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Erarbeitung eines zweisprachigen Best-Practice-Leitfadens zur Optimierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Katastrophenschutz auf Empfehlung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit,</li> <li>- der Ausbau der Zusammenarbeit und Intensivierung des Informationsaustausches im Hinblick auf grenzüberschreitende Gefahrenlagen, insbesondere Hochwasser, mit der Wojewodschaft</li> </ul>

	den Brand- und Katastrophenschutz beider Länder geschlossen wurden. Eine wesentliche Zielstellung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr ist die gemeinsame Vorbereitung, Planung und Durchführung grenzüberschreitender EU-Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG.	Lubuskie
6.2 Stärkere Verzahnung der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Lausitzer Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus mit den Nachbarwojewodschaften und –bezirken	Die Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg und der Nachbarwojewodschaft Lubuskie hat sich besonders intensiv seit der EU-Osterweiterung 2004 entwickelt. Die Partnerschaftserklärungen über die freundschaftliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die zwischen diesen Akteuren geschlossen wurden, enthalten zum einen gegenseitige Informations- und Abstimmungspflichten im Bereich der präventiven Bekämpfung von Katastrophen und schweren Unglücksfällen sowie Empfehlungen und gemeinsame Übungen vorzunehmen. Zum anderen werden dort nähere Regelungen getroffen, wie im Falle einer konkreten Gefahr eine gegenseitige Hilfe gewährt oder in Anspruch genommen wird. Die näheren Einzelheiten sind in jährlichen Arbeitsplänen festgelegt. Darüber hinaus wurde und wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kreise auch über die INTERREG A-Programme befördert.	Zur Steuerung gemeinsamer Aktivitäten mit der polnischen Wojewodschaft Lubuskie wurde innerhalb des Verbundes der Euroregion Spree-Neiße-Bober unter der Federführung des Landkreises Spree-Neiße eine gemeinsame Arbeitsgruppe für Brand- und Katastrophenschutz gegründet, die Aktivitäten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Feuerwehren entwickelt. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind die Landkreise Spree-Neiße, Krosno, Żary und die Städte Zielona Góra und Cottbus. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Landkreise Oder-Spree und Ślubiice werden Jahresarbeitspläne zur Organisation und Durchführung gemeinsamer Aus- und Weiterbildungen, praktischer Stabs- und Einsatzübungen sowie Fachseminaren zur gegenseitigen Information aufgestellt.
6.3 Engere Zusammenarbeit der Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg und des Verbindungsbüros des Freistaates Sachsen in Wrocław	Es hat gelegentlich Zusammenarbeit zwischen dem Partnerschaftsbeauftragten Niederschlesien und dem Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen gegeben.	Die Zusammenarbeit zwischen den Regionen fand direkt zwischen der Landesregierung und dem Marschallamt sowie Vertretern aus der Wirtschaft und von Hochschulen statt. Dazu zählen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- 04/2012: Studienreise aus Niederschlesien nach Brandenburg „Erneuerbare Energien“</li> <li>- 11/2012: Wirtschaftspräsentation des Landes Brandenburg in Niederschlesien (Wrocław)</li> <li>- 2013: DE-PL Braunkohlekonferenz des Marschallamtes</li> </ul>

		<p>Niederschlesien und des Landes BB in Wroclaw</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 2013: DE-PL Braunkohlekonferenz des Marschallamtes Niederschlesien und des Landes BB in Cottbus</li> <li>- 2014: DE-PL Konferenz „Öffentlich-Private Partnerschaften: praktische Erfahrungen aus Niederschlesien und Brandenburg“ in Wroclaw</li> <li>- 2015: Geothermie-Studienreise des Marschallamtes, Gemeinden und Universitäten gemeinsam mit dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe und dem Geoforschungszentrum Potsdam</li> </ul>
	<p>Das MIK (Bereich Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst) gehört nicht zu den Nutznießern des Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg (PSB BB) in Polen. Bei Durchführung von Projekten mit den polnischen Partnerregionen erfolgt ein direkter Kontakt zu den Kooperationspartnern.</p>	<p>Unterstützung durch den PSB BB bei Informationsbeschaffung, Kontaktvermittlung bzw. Identifizierung von Kooperationspartnern ist durch den o.g. Bereich bisher nicht in Anspruch genommen worden. Maßnahmen in der Zukunft unter Einbeziehung der PSP BB sind nicht geplant.</p>
<b>II 7. Zivilgesellschaft und Kampf gegen Rechtsextremismus</b>		
7.1 Stärkere Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen, insbesondere beim Kampf gegen Rechtsextremismus	<p>Für den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums des Landes Brandenburg wurden Konzeptionen u. a. zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität erarbeitet. Die dort enthaltenen Festlegungen sind auch auf den Bereich der Lausitz anzuwenden. Die Polizei des Landes Brandenburg arbeitet eng mit den angrenzenden Dienststellen der Polizei des Freistaates Sachsen sowie sachverhaltsbezogen mit Partnerdienststellen der Polizei des Freistaates zusammen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regelmäßige Teilnahme des Dezernats Staatsschutz der Polizeidirektion Süd an Veranstaltungen des „Bündnisses gegen Rechts“ der Stadt Cottbus sowie</li> <li>- Teilnahme an der Tagung mit Staatsschutzdienststellen der Polizei des Freistaates Sachsens am 25./26.11.2015 in Vetschau.</li> </ul>
	<p>Zusammenarbeit der Polizeiinspektion Elbe-Elster mit den angrenzenden Polizeirevieren Wittenberg (Sachsen-Anhalt) und Riesa (Sachsen).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regelmäßiger Informationsaustausch mit den zuständigen Ansprechpartnern der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt.</li> </ul>
	<p>Zwischen den Polizeien beider Bundesländer erfolgt in allen Staatsschutzangelegenheiten ein</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Bereich der Ermittlungen gab es bisher keine gemeinsamen Verfahren und/oder operative Maßnahmen.</li> </ul>

	enger Informationsaustausch.	- Bei den durch Sachsen initiierten digitalen Audio-Fingerprint-Analysetools (Übersendung der Auswertungen von Tonträgern) erfolgt die Unterstützung durch das Landeskriminalamt Brandenburg.
	Zwischen den Verfassungsschutzbehörden beider Bundesländer besteht ein enger, anlassbezogener Austausch. Anlassbezogen werden gemeinsame oder einzelne, aber untereinander abgestimmte Lagebilder erstellt.	- Lagebilder beider Verfassungsschutzbehörden zum Thema „Reichsbürger“, in: Wilking, Dirk (Hg.): Reichsbürger – Ein Handbuch, Potsdam 2015 (demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung).
<b>II 8. Bewahrung und Weiterentwicklung der sorbischen/wendischen Kultur und Sprache</b>		
8.1 Sorbisches/wendisches Kita- und Schulnetz in der Lausitz	<p>- Die Sorben/Wenden erfahren eine besondere Wertschätzung ihrer kulturellen Identität und Mehrsprachigkeit durch die Aufnahme der Sprache in den neuen Rahmenlehrplan der Klassen 1 bis 10.</p> <p>- Die Evaluation aller sorbischen/wendischen Unterrichtsangebote an Grundschulen einschließlich WITAJ wird durchgeführt.</p> <p>- Der Weiterbestand des Niedersorbischen Gymnasiums als Schule mit besonderer Prägung unter Berücksichtigung des bestehenden Unterrichtsangebotes in Sorbisch/Wendisch ist zu unterstützen.</p> <p>- Auf der Grundlage des neuen Sorben/Wenden-Gesetzes ist die Qualität des Unterrichts in Sorbisch/Wendisch zu sichern und auszubauen.</p>	<p>- Sorbisch/Wendisch findet im Teil A des Rahmenlehrplans als Minderheitensprache einen besonderen Stellenwert. Sorbisch/Wendisch ist als eine der modernen Fremdsprachen in den Teil C aufgenommen worden.</p> <p>- Die Evaluation findet im Auftrag des MBS durch das Landesinstitut für Schule und Medien statt. Die Ergebnisse der Evaluation fließen in die neue Sorben/Wenden-Schulverordnung ein.</p> <p>- Der Genehmigungsbescheid des MBS für das Niedersorbische Gymnasium Cottbus zu einem besonderen Aufnahmeverfahren beim Übergang in den Jahrgang 7 ist so modifiziert, dass die vorrangige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sorbischen/wendischen Sprachkenntnissen gewährleistet ist und bei noch freier Kapazität Schülerinnen und Schüler ohne Vorkenntnisse Zugang zum Unterricht in der Sprache Sorbisch/Wendisch erhalten.</p> <p>- Die schulfachliche Beratung der Schulen, insbesondere des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als Schule besonderer Prägung, ist durch die zuständige Regionalstelle Cottbus des Landesamtes für Schule und Lehrerbildung fortzusetzen. Schwerpunkte</p>

		dabei sind der Einsatz der Lehrerwochenstunden-Ausstattung zur Verstärkung des Unterrichts in Sorbisch/Wendisch als Zweitsprache, Fremdsprache sowie im bilingualen Unterricht. Die zuständigen Referate des MBSJ begleiten die Beratung.
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- seit 2001 Förderung des Einsatzes von sorbisch-wendisch sprechenden Muttersprachlern zur Unterstützung der sprachlichen Entwicklung der Kinder in Witaj-Kinder-Tagesstätten.</li> <li>- Die Finanzierung sorbischer/wendischer Kitas erfolgt bedarfsgerecht im Rahmen der Regelfinanzierung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- In Folge der gesetzlichen Änderungen wird die Landesförderung des ehrenamtlichen Engagements in sorbischen/wendischen Kindertagesstätten aufgestockt, Praxisberatung gefördert sowie die Förderung einer Konsultationskita in Aussicht gestellt.</li> </ul>
8.2 Unterstützung gemeinsamer „Sprachräume“ zur praktischen Anwendung der niedersorbischen und der obersorbischen Sprache im Alltag (z.B. in der öffentlichen Verwaltung, bei Gericht und in der Zivilgesellschaft)	Im Ergebnis der Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes 2014 wurde der erste Landesbeauftragte für Angelegenheiten der Sorben/Wenden berufen und das zuständige Fachressort (MWFK) 2015 personell verstärkt.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Land (MWFK in Absprache mit MBSJ) übernahm zum September 2015 die Koordination des 2006 gegründeten sorbischen/wendischen Bildungsnetzwerkes. Sein Aufgabenbereich wurde um sprachpolitische Fragestellungen, u.a. zur besseren Verzahnung zwischen Bildungsaktivitäten und außerschulischen Sprachräumen erweitert. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Umbenennung in Sorbisches/Wendisches Aktionsnetzwerk.</li> <li>- Der Landtag beauftragte die Landesregierung im Juli 2015 mit der Erarbeitung eines Maßnahmenplanes zur Stärkung der niedersorbischen Sprache und ihres Gebrauches im Sinne des Sorben/Wenden-Gesetzes (6/1902-B). Nach einer ersten interministeriellen Abstimmung auf Arbeitsebene werden zurzeit die sorbischen/wendischen Interessenvertretungen einbezogen. Bestandteil des Plans werden vrs. auch Bezüge zum Maßnahmenplan der Sächsischen Staatsregierung zur Ermutigung und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache aus dem Jahr 2013 sein. Eine vorfristige Vorlage des Plans wird angestrebt.</li> <li>- Parallel zu diesem Prozess wird an Detailfragen der Umsetzung des novellierten Sorben/Wenden-Gesetzes gearbeitet und auf aktuelle Situationen in der Lausitz sowie Bürgeranfragen reagiert. MWFK gab 2015 einen Informationsflyer heraus, der über die Rechte zur Nutzung der sorbischen/wendischen Sprache im Land Brandenburg</li> </ul>

		informiert und zum Sprachgebrauch ermuntern will. MWFK erweiterte außerdem sein Informationsangebot zu Sorben/Wenden im Internet, worin auch über Anwendungsmöglichkeiten der Sprache, Sprachenrechte und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner informiert wird.
8.3 Förderung der Stiftung für das sorbische Volk	Das neue Finanzierungsabkommen zwischen Bund, Freistaat Sachsen und Land Brandenburg zur Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk 2016-2020 steht unmittelbar vor dem Abschluss. Die drei Geldgeber haben sich auf eine Erhöhung des Gesamtbetrages auf 18,6 Millionen Euro jährlich verständigt. Der Anteil des Landes Brandenburg wird zukünftig bei 3,1 Millionen Euro im Jahr liegen.	Unterzeichnung des neuen Finanzierungsabkommens.
<b>II 9. Gewässer- und Hochwasserschutz</b>		
9.1 Ausbau des gemeinsamen Gewässermanagements und des Hochwasserschutzes an Spree, Neiße und Schwarze Elster	Für die länderübergreifende Zusammenarbeit zu überregionalen Fragen der Gewässerbewirtschaftung und des Hochwasserrisikomanagements ist im deutschen Teil des Einzugsgebietes der Elbe seit 2004 ein Zusammenschluss der 10 am Elbegebiet beteiligten Bundesländer als Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FGG Elbe) etabliert. Im Berichtszeitraum hat sich das brandenburgische Umweltministerium mit den in Mecklenburg-Vorpommern und dem Freistaat Sachsen für Wasserwirtschaft zuständigen Ressorts darauf verständigt, auch für das deutsche Odereinzugsgebiet eine solche koordinierende Stelle einzurichten (Koordinierungsstelle Oder). Im Ergebnis dieser Zusammenarbeit wurde u.a. von BB das länderübergreifende Projekt „Nutzung Tagebaurestseen Schwarze Elster zwischen Hoyerswerda (SN) und Senftenberg (BB)“ für einen verbesserten Hochwasserrückhalt an der Schwarzen Elster in das	Hochwasserrisikomanagementplanung in BB: <a href="http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.370362.de">http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.370362.de</a>  Nationales Hochwasserschutzprogramm in BB: <a href="http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.408017.de">http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.408017.de</a>



	<p>Nationale Hochwasserschutzprogramm (NHWSP) der Länder eingebracht. Die national bedeutsamen Maßnahmen des NHWSP sind herausragender Bestandteil der Hochwasserrisikomanagementplanung, hier des Hochwasserrisikomanagementplans Elbe.</p> <p>Darüber hinaus findet eine Abstimmung zu den regionalen Fragen des Wassermanagements in der Lausitz im Rahmen der Arbeitsgruppe (AG) Flussgebietsbewirtschaftung Spree-Schwarze Elster statt. In diesem länderübergreifenden Gremium werden für die Bewirtschaftung von Schwarzer Elster und Spree maßgebliche Entscheidungen beraten und abgestimmt. Auf Initiative des brandenburgischen Umweltministeriums ist die AG Flussgebietsbewirtschaftung Spree-Schwarze Elster mit der Einrichtung eines Arbeitskreises „Hochwasserrückhalt in Tagebauseen“ um das Themenfeld Hochwasser erweitert worden. Dieser Arbeitskreis begleitete die Erarbeitung der dem geplanten NHWSP-Projekt vorangestellten Machbarkeitsstudie zum Hochwasserrückhalt in den Tagebaurestseen an der Schwarzen Elster und wird auch die bis 2017 durchzuführenden Folgeuntersuchungen begleiten.</p> <p>Durch die Regionale Maßnahmenplanung werden die Hochwasserrisikomanagementpläne Elbe und Oder im Land Brandenburg untersetzt und konkretisiert. Für die Flusseinzugsgebiete der Neiße, Spree und Schwarzen Elster werden jeweils eigene Planungen durchgeführt, im Zuge derer mit den zuständigen und interessierten Akteuren abgestimmte Maßnahmenvorschläge des Hochwasserrisikomanagements erarbeitet werden. Nach Ab-</p>	
--	--	--

	schluss der Planung sollen die Maßnahmen nach Priorität sukzessive umgesetzt werden. Für den Verlauf der Schwarzen Elster von Schwarzheide bis Herzberg gehen aus der Regionalen Maßnahmenplanung eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des natürlichen Hochwasserrückhalts (Deichrückverlegungen) hervor, die als Verbundmaßnahme zusammen mit Maßnahmen auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts im Nationalen Hochwasserschutzprogramm angemeldet sind. In der Gesamtheit sollen diese Maßnahmen maßgeblich zu einer Entschärfung der Hochwassersituation an der Schwarzen Elster beitragen.	
9.2 Schutz der Fließgewässer, insbes. der Spree und des UNESCO-Biosphärenreservates Spreewald vor Eisenhydroxid- und Sulfateintrag. Reduzierung der „Verockerung“; länderübergreifende Koordinierung; Information gegenüber der Öffentlichkeit	<u>Eisenhydroxid</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zur Reduzierung der Eisenhydroxid-Einträge und zur Verhinderung der Verockerung ist eine Vielzahl von Maßnahmen - jeweils zugeschnitten für das Spreegebiet Nordraum sowie das Spreegebiet Südraum (liegt mit Ausnahme der Talsperre Spremberg auf sächsischem Gebiet) - ergriffen worden bzw. geplant.</li> <li>- Im Rahmen des Barriere-Konzeptes für das Spreegebiet Nordraum (vgl. LT-Beschluss DS 5/6756-B) wurden bisher fünf Maßnahmen umgesetzt; drei befinden sich in der Realisierung und eine in der Planung.</li> <li>- Für das Spreegebiet Südraum wurden eine Bekalkungs- und eine Flockungshilfsmittelanlage an der Talsperre Spremberg errichtet. Es läuft ein Pilot- und Demonstrationsvorhaben zur Untergrundwasserbehandlung; Abfang- und Rückhaltemaßnahmen gehen in Kürze in Betrieb (zwei Brunnen und die Überleitung zur GWBA Schwarze Pumpe); weitere Planungen und Vorbereitungen laufen.</li> </ul>	<u>Eisenhydroxid</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weitere Umsetzung des Barriere-Konzeptes für den Nordraum. Langfristig sollen die Maßnahmen zur Verhinderung von Eiseneinträgen im Spreegebiet Nordraum an den Quellen der Pyritoxidation ansetzen. Hierfür besteht erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf, da bisher keine Regeltechnologien vorhanden sind.</li> <li>- Hauptmaßnahme im Spreegebiet Südraum ist die Grundwasserfassung durch hydraulische Abfangmaßnahmen mit Rückführung und In-Lake-Behandlung in den Tagebaurestgewässern Spreetal-Nordost und Lohsa II. Bis diese realisiert werden kann, kommen temporäre Wasserbehandlungen zur Anwendung. Darüber hinaus laufen Untersuchungen zur Errichtung einer Dichtwand zur Begrenzung des Grundwasserabstroms aus dem Speichersystem Lohsa II.</li> </ul>

- Mit den Maßnahmen im Spreegebiet Nordraum und an der Talsperre Spremberg wurde erreicht, dass auch im Jahr 2015 infolge Eisenhydroxid keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das UNESCO-Biosphärenreservat Spreewald eingetreten sind.

#### Sulfat

- In den letzten Jahren ist in der Spree eine Zunahme der Sulfatkonzentrationen zu verzeichnen. Eine wesentliche Maßnahme zur Reduzierung der Sulfatkonzentrationen in der Spree ist die Steuerung der Wassermengen und Ableitungsrichtungen. Dies ist bisher gelungen, so dass das vom Wasserwerk Briesen der Stadt Frankfurt (Oder) und der Umgebung gelieferte Trinkwasser die vorgegebenen Sulfatwerte der Trinkwasserverordnung einhält. Weitere Maßnahmen werden mit dem Ziel ergriffen, dies auch in Zukunft zu sichern und ggf. zu verbessern.
- In Umsetzung des Landtagsbeschlusses DS 5/6756-B wurde das LBGR mit der Koordinierung der Maßnahmen beauftragt. Dazu zählt auch die Abstimmung mit den sächsischen Behörden zu den Maßnahmen im Spreegebiet Südraum. Mittlerweile hat sich eine enge Zusammenarbeit eingestellt.
- Zur Umsetzung und Kommunikation der Maßnahmen wurde Anfang 2013 unter Federführung des LBGR die Arbeitsgruppe „Bergbaubedingte Stoffeinträge in die Spree“ gebildet, in der u. a. die Landkreise OSL, LDS und SPN, die Stadt Cottbus, das Aktionsbündnis „Klare Spree“ und die relevanten Landesministerien MLUL, MIL und

#### Sulfat

- Zur Eindämmung der Sulfatkonzentration sollen im Jahr 2016 weitere Maßnahmen entsprechend dem Arbeitsprogramm des länderübergreifenden Arbeitskreises Wasserbeschaffenheit realisiert werden. Außerdem sollen die Auswirkungen auf die Gewässerökologie weiter untersucht werden. Insbesondere sind Maßnahmen mit dem Ziel durchzuführen, dass eine Trendumkehr bei der Belastung des Trinkwassers mit dem Parameter Sulfat eingeleitet wird (WW Briesen) und die dauerhafte Einhaltung des Grenzwertes für Trinkwasser in Höhe von 250 mg/l gesichert bleibt.
- Um zukünftig für verschiedene Wasserdargebotssituationen (auch und besonders Niedrigwasser) besser die Belastung der Spree mit Sulfat vorhersagen zu können, soll – in Form eines Gutachtens – in 2016 ein Prognosemodell erarbeitet werden. Unter Anwendung des Modells können dann in Zukunft Handlungsoptionen und erforderliche Maßnahmen präziser festgelegt werden.

	<p>MWE mitarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat seitdem 11-mal getagt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Darüber hinaus hat das LBGR in einer Vielzahl von Veranstaltungen bei Parteien, Verbänden, Verwaltungen usw. zum Sachstand informiert.</li> <li>- Durch das MLUL erfolgt die Internetveröffentlichung von Umweltdaten und Berichten zu dieser Thematik.</li> </ul>	
<b>II 10. Grenzkriminalität</b>		
<p>10.1 Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung zwischen dem Land Brandenburg, Freistaat Sachsen und der Republik Polen</p>	<p>Nachdem im Jahr 2015 keine Grenztagung stattfand, bereitet das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg für 2016 die 6. Grenztagung vor. Zu der Veranstaltung werden auch die Polizeien aus der Republik Polen und dem Freistaat Sachsen eingeladen.</p> <p>Das Polizeipräsidium erarbeitete gemeinsam mit dem polnischen Partner einen Entwurf einer „Vereinbarung zwischen den Wojewodschaftskommandanten der Polizei in Gorzów Wielkopolski und dem Polizeipräsidium des Landes Brandenburg über die Zusammenarbeit bei der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität“. Die Vereinbarung enthält unter anderem die Absichtserklärung zur Errichtung einer gemeinsamen Dienststelle</p> <p>Mit der sächsischen Polizei erfolgt seitens der Kriminalpolizei der Polizeidirektion Süd ein regelmäßiger Lage- und Erfahrungsaustausch, hier insbesondere mit der angrenzenden Kriminalpolizeiinspektion der Polizeidirektion Görlitz. Dies betrifft vor allem den Handel und Erwerb von Methamphetamin Crystal.</p>	<p>Im Jahr 2015 fanden zwei gemeinsame Treffen mit dem polnischen Partner statt. Derzeit werden die Abstimmungen zu einer gemeinsamen Unterzeichnung durchgeführt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen mit Unterstützung durch die sächsische Polizei, insbesondere in Bezug auf die besondere Problematik „Crystal“</li> <li>- geregelter Informationsaustausch in aktuellen Fällen, wie z.B. Feststellungen von Personen wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz mit Wohnsitz im jeweils anderen Bundesland</li> </ul>

	<p>Bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren und bei der Planung von den die Landesgrenzen überschreitenden polizeilichen Maßnahmen erfolgt eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Dienststellen. Dies betraf im zurückliegenden Jahr vor allem das Landeskriminalamt Sachsen und die Polizeidirektionen Görlitz und Leipzig.</p> <p>Seitens der Polizeidirektion Süd wurde ein Beauftragter für die Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei, insbesondere in Guben/Gubin und Forst/Lubsko installiert.</p> <p>Die Gubener und die polnische Polizei arbeiten seit Jahren vertrauensvoll, zielführend und erfolgreich zusammen. Instrumentalisiert wird diese Tätigkeit bei den gemeinsamen Streifen, die sowohl in Guben als auch in Gubin stattfinden. Die Leitung des Polizeireviers Guben und der Kommandantur des Polizeikommissariats Gubin treffen sich regelmäßig, um die entsprechenden Termine abzusprechen und auch die allgemeine aktuelle Lage auszutauschen.</p> <p>Eine enge Zusammenarbeit findet auch im Bereich der Kriminalpolizei statt. Ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei aus Guben begibt sich dazu in unregelmäßigen Abständen zur Kriminalpolizei nach Gubin, um ebenfalls Informationen zur Lage auszutauschen. Dieser intensiven Zusammenarbeit ist es zu verdanken, dass Raubüberfälle in Guben aufgeklärt werden konnten.</p> <p>Zur Bekämpfung der Fahrraddiebstähle fand bzw. findet ebenfalls ein ständiger Informationsaustausch mit der Kriminalpolizei in Gubin und Lubsko sowie den zuständigen Staatsanwaltschaften statt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gemeinsame deutsch-polnische Streifen</li> <li>- Unterstützung bei Einsatzmaßnahmen (z.B. Weinfest in Zielona Góra und Woodstock in Kostrzyn)</li> <li>- gegenseitige Hospitationen bei Einsatzlagen / Veranstaltungen</li> <li>- regelmäßige Arbeitsbesprechungen</li> <li>- Informationsaustausch mit dem Direktionsstab 1 als Sprachmittler</li> <li>- gemeinsame Komplexeinsätze im Revier Guben</li> </ul>
--	--	--

	<p>Seitens der Polizeiinspektion Elbe-Elster erfolgt ein regelmäßiger Lageaustausch mit den angrenzenden Dienststellen der Polizeipräsidien Dresden und Leipzig.</p> <p>Seitens der Polizeiinspektion Oberspreewald-Lausitz erfolgt eine Zusammenarbeit mit der sächsischen Polizei, insbesondere dem Polizeirevier Großenhain der Polizeidirektion Dresden.</p> <p>Im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Eigentums- und Kfz-Kriminalität werden Ermittlungsverfahren im Zusammenwirken mit den polnischen Behörden bearbeitet. Im Landeskriminalamt Brandenburg (LKA 210) sind derzeit drei spezifische Ermittlungsgruppen eingerichtet.</p> <p>Die Ermittlungsgruppe „<b>Helios</b>“ im Landeskriminalamt (LKA 211, Außenstelle Frankfurt/Oder) bearbeitet gemeinsam mit polnischen Ermittlungsbehörden Verfahren gegen polnische Diebesbanden mit bekannten und unbekannten polnischen Beschuldigten wegen des Verdachts des schweren Diebstahls von Solarmodulen aus Solarparks in Brandenburg und anderen Bundesländern. Seit dem 1. August 2015 werden die entsprechenden Fälle bis auf weiteres zentral im Landeskriminalamt zusammengeführt.</p> <p>Die Ermittlungsgruppe „<b>Sprinter</b>“ wurde im Landeskriminalamt (LKA 211 - Außenstelle Frankfurt/Oder) eingerichtet und beschäftigt sich intensiv mit dem Phänomen des bandenmäßigen Dieb-</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterführung und Intensivierung des Austausches anlassbezogener Informationen.</li>   <li>- Der Informationsaustausch wird durch Übersendung von aktuellen Tageslagebildern gewährleistet.</li>   <li>- Regelmäßige Arbeitstreffen der Ermittlungsbehörden</li> <li>- Ständiger Informationsaustausch zur Lage durch Übermittlung aktueller Lagebilder</li> <li>- Regelmäßige Abstimmungen bei der Durchführung operativer Maßnahmen sowie Umsetzung von Begleitmaßnahmen</li> <li>- Gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen (Observation, Aus- und Fortbildung, Durchsuchungen)</li> <li>- Sachverhaltsbezogene Zusammenarbeit</li>   <li>- Bearbeitung von konkreten Ermittlungsverfahren</li> <li>- Das Landeskriminalamt hat gegenüber der Kommission Organisierte Kriminalität (KOK – Kommission der AG KRIPO des AK II) den Projektvorschlag „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit dem bandenmäßigen Diebstahl und der bandenmäßigen Hehlerei von Solarpaneelen aus Solarparks“ unterbreitet. Hierüber ist in der KOK derzeit noch nicht entschieden.</li>   <li>- Bearbeitung von Ermittlungsverfahren in einem deutsch-polnischen JIT</li> <li>- Die EG „Sprinter“ im LKA 211 arbeitet zudem eng mit der Soko Kfz im LKA Sachsen zusammen. Dort gibt es eine ständige An-</li> </ul>
--	---	--

	<p>stahls von Fahrzeugen des Typs Mercedes Sprinter im Land Brandenburg. Neben Brandenburg sind auch andere Bundesländer, darunter auch Sachsen, sowie Polen von den bandenmäßigen Diebstählen betroffen. Am 28. August 2014 wurde zusammen mit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, der polnischen Polizei und Staatsanwaltschaft ein Joint Investigation Team (JIT) gebildet, welches am 16. März 2015 durch die deutsche Generalstaatsanwaltschaft und am 26. März 2015 durch polnische Generalstaatsanwaltschaft unterzeichnet wurde. Am 9. bzw. 23. März 2016 ist von den Vertragspartnern eine ergänzende Vereinbarung zur Verlängerung des Einsatzes des JIT bis zum 30. September 2016 unterzeichnet worden.</p> <p>Die Ermittlungsgruppe „<b>Achse</b>“ wurde im Landeskriminalamt (LKA 211 - Außenstelle Potsdam) eingerichtet und beschäftigt sich mit der Häufung von Diebstählen hinsichtlich Sattelzügen und Spezialfahrzeugen, besonders der Hersteller Mercedes Benz und DAF. Zumeist werden diese Fahrzeuge nach Polen verbracht. Hierbei erfolgt eine intensive Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei und Staatsanwaltschaft.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität wurde auf der 10. Sitzung der Arbeitsgruppe Crystal in Erfurt Anfang 2013 vereinbart, zukünftig die Bundesländer Brandenburg und Berlin als neue Mitglieder in die AG Crystal aufzunehmen. Somit ist Brandenburg neben Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Berlin, dem BKA, der Bundespolizei, dem Zollkriminalamt und ausgewählten Zollfahndungsämtern,</p>	<p>sprechperson.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bearbeitung konkreter Ermittlungsverfahren</li> <li>- Im Januar 2016 Vereinbarung eines JIT mit Polen und Sachsen</li> <li>- Mit der sächsischen Polizei besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch, einschließlich Arbeitstreffen im Rahmen der bundesweiten Rauschgiftleitertagung (RLT) und der Ständigen Arbeitsgruppe Rauschgift (StAR).</li> <li>- Regelmäßige Arbeitsbesprechungen insbesondere Austausch von Lageinformationen und die Erörterung von Einzelfällen mit grenzüberschreitenden Charakter</li> <li>- Erfahrungsaustausch über bestehende Bekämpfungsstrategien, besonderes im grenznahen Bereich zwischen Deutschland und</li> </ul>
--	---	---

	<p>der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, Dienststellen des Zolls und der Polizei aus Tschechien und Polen in der AG Crystal vertreten.</p> <p>Im Rahmen der Zuständigkeit für die Bekämpfung von Ein-, Aus- und Durchfuhrstraftaten mit Betäubungsmitteln im Bereich der schweren und Organisierten Kriminalität ist derzeit im Landeskriminalamt (LKA 212 - GER) ein Ermittlungsverfahren im Bereich Crystal mit Bezügen nach Sachsen und in die Tschechische Republik in Bearbeitung.</p> <p>Die Zusammenarbeit des Landeskriminalamtes mit der polnischen und sächsischen Polizei schließt die Tätigkeit der Sonderkommission Grenze (Soko) ein.</p> <p>Weiterhin ist die Soko Grenze auf Grund der bestehenden Kontakte intensiv in die Maßnahmen zur Bildung einer gemeinsamen Dienststelle mit der KPI Gorzów einbezogen.</p>	<p>Tschechien bzw. Polen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Besprechungen der rechtlichen Regelungen in den einzelnen Ländern und Anregung von Initiativen zur Änderung der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern</li> <li>- Verfahrensbezogene Zusammenarbeit</li> </ul>
10.2 Zusammenarbeit der Polizei der Länder und des Bundes und aller Strafverfolgungsbehörden	<p>Die Zusammenarbeit zwischen der Bundespolizei und der Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße gestaltet sich in der Form, dass grundsätzlich täglich (wochentags) ein gemischt besetzter Funkstreifenwagen (je ein Beamter Bundespolizei und ein Beamter Landespolizei Brandenburg abwechselnd in Forst und Guben) eingesetzt wird. Der Leiter des Führungs- und Revierdienstes der PI Cottbus/Spree-Neiße. bzw. die Revierleitung Forst und Guben und der Bundespolizei tauschen regelmäßig Lagebilder aus und legen Schwerpunkte ihrer Tätigkeit fest.</p> <p>Der Zoll und die PI Cottbus/Spree-Neiße unterstützen sich gegenseitig bei aktuellen Lagen und Maßnahmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- tägliche gemeinsame Streife mit Bundespolizei im Grenzbereich</li> </ul>



	Grundsätzlich kann die Zusammenarbeit des Landeskriminalamtes einschließlich der Soko Grenze mit anderen Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder als positiv und für die Bearbeitung der Strafverfahren als wegweisend bewertet werden.	- vgl. Punkt 10.1 im Zusammenhang mit der Rauschgiftkriminalität Unter der Schirmherrschaft des Bundeskriminalamtes fand vom 9. - 11. Juli 2015 ein Arbeitstreffen mit internationaler Beteiligung in Warschau statt. Hier arbeiteten Kollegen der Soko Grenze des Landeskriminalamtes, des LKA Sachsen sowie den angrenzenden polnischen Wojewodschaftskommandanturen im Workshop gemeinsam an Bekämpfungsstrategien zur Kfz-Kriminalität.
10.3 Der Missbrauch des Themas durch Rechtsextremisten erfordert eine gesamtgesellschaftliche Reaktion	Derzeit fokussiert sich die rechte Szene auf Themen wie Einwanderung und Islamisierung. Die Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg sind entsprechend sensibilisiert.	